

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

**Stempelpreis:** Durch unsere Reden frei ins Haus monatlich 8.10 Mf. Bei der Geschäftsstelle abgeschlossen monatlich 8.60 Mf. Bei der Post bestellt und freilich abgebildet zweitstellig monatlich 8.10 Mf., monatlich 2.10 Mf. Durch den Briefträger frei ins Haus zweitstellig 9.00 Mf., monatlich 3.20 Mf. Gestempelt möglich im den Postamtsschulzen mit Ausnahme von Sonnen- und Feiertagen. Unsere Zeitungsaussträger und Buchhändler, sowie die Postbeamten und Briefträger nehmen Bezahlungen entgegen.

**Zensurgesetz für die Abgangsschultheiße über deren Raum für Anzeigen aus Ries und dem Bezirk Schwarzenberg** 25 Dfg., amzwölfte Anzeigen 60 Dfg., **Reformgesetz für die Ries und den Bezirk Schwarzenberg** 100 Dfg., sechs 100 Dfg. Der größeren Abfallen entsprechender Rabbt. Anzeigenannahme bis spätestens 4<sup>o</sup>, lädt norm. Für Fabrik im Egh kann Schrift nicht gezeichnet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Festschrift erfüllt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

17c. 46

Døgnecstog, den 26. Februar 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Die Oststaatenkonferenz hat gestern beschlossen, daß die Bewohner der Stadt Memel diplomatisch von Frankreich vertreten werden sollen. Mit der Verförderung des deutschen Marinematerials soll begonnen werden.

„Aus guter Quelle versautet, daß die Entente es  
wüßt gern sehen würde, wenn die niederländ-  
ische Regierung auf den Vorschlag, den Kaiser  
aus den Niederlanden zu entfernen, eingehet.“

\*  
Die russische Sowjetregierung hat eine Friedensnote an die Vereinigten Staaten, Japan und Rumänien gerichtet. Amerika wird gefragt, wann und wo die Friedensverhandlungen beginnen können.

\*  
Der Beschuß, Konstantinopel der Türkei zu belassen, soll auf den Einfluß der britischen und anderer Finanzministerien zurückzuführen sein.

\*  
Im englischen Unterhause wurde von der Regierung mitgeteilt, daß der Kartoffelvorrat in England nicht bis zur neuen Ernte reicht.

Erzherzog Karl auf der Heirat

Nach Bekanntgabe der gestohlenen Steueraufnahmen des Reichsfinanzministers Erzberger in der Presse hat dieser unverzüglich beim Finanzamt in Charlottenburg eine Untersuchung gegen sich veranlaßt und damit seinerseits auf jede materielle Erwiderung in der Presse verzichtet, die der Untersuchung vorgreifen könnte. Gleichzeitig hat er dem Reichspräsidenten gebeten, ihn bis zum Abschluß dieser Untersuchung von der Wahrnehmung seiner Dienstgeschäfte zu entbinden, damit auch nicht der Schein eines Drudes auf die Untersuchung des Finanzamtes fallen möge. Der Reichspräsident hat dem Ersuchen des Reichsfinanzministers entsprochen und angeordnet, die Untersuchung mit tunlicher Beschleunigung durchzuführen und ihm sofort Bericht über das Ergebnis zu erstatten. Mit der Stellvertretung des Ministers ist der Unterstaatssekretär Müller beauftragt.

Wie ferner mitgeteilt wird, ist der Reichsfinanzminister zu seinem Antritt auf Suspendierung vom Amte lediglich durch den Vorwurf der falschen Steuererklärung, nicht aber durch den bisherigen Verlauf des Prozesses gegen Helfferich herangezogen worden.

**Fräberger an Kapitalmarktbewegungen beteiligt?**

In der Verhandlung des Prozesses Grzberger gegen Helfferich am Dienstag behauptete Helfferich, daß Grzberger mehrfach bei Kapitalsverschreibungen ins Ausland mitgewirkt und wohl auch Vorteile davon gehabt habe. Er beantragte, den Staatsanwalt, der solche Fälle bearbeitet habe, zu vernehmen. Minister Grzberger erklärte diesen Vorwurf für ungeheuerlich und beantragte Vernehmung des Geheimrats Pfeiffer. Vom Reichsfinanzminister ist er von der Amtsverschwiegenheit entbunden worden. Zu der Steuerangelegenheit teilte der Oberstaatsanwalt mit, daß ein Staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren neben dem der Steuerbehörde schmebe. Beuge Oberst Gieseler von der Ein- und Ausfuhrabteilung des Kriegsministeriums befundet, Abgeordneter Grzberger habe vier bis fünfmal beim Kriegsminister interviert für Thysen Ausführerausweis für Schüeschilder nach Holland befürwortet ebenso die Reklamation von Fritz Thyssen, und im Falle Lindner Einsätze in Skandinavien für etwa 15 Millionen Mark befürwortet. Hier habe auch der Abgeordnete Pfeiffer mitgewirkt. Grzberger habe zum Schlus dem Standpunkte des Kriegsministers Recht gegeben, der für die Thysenschen Schüeschilder für Holland einen niedrigeren Preis habe zugeben wollen, als Deutschland zahlen möchte. Helfferich bemerkte hierzu, ohne Einspruch Gieselers würde Grzberger das Reich um 100 000 Mark gebracht haben. Die Frage des Verteidigers ob Beuge wisse, daß im Kriegsministerium ein Amtsstell mit der Bezeichnung Schmerzenberger existiert habe wird verniebt.

In der gestrigen Sitzung führte Erzberger aus:  
Um 17. August 1919 habe ich an die Reichsbank eine  
Teepesche geschickt, in der ich bat, daß ich 4000 Francs  
nach der Schweiz mitnehmen dürfe, was die Reichsbank  
genehmigte. Im Oktober 1918 wurde mir mitgeteilt,  
daß mein einziger Sohn so schwer erkrankt sei, daß ich  
sofort abreisen müsse, wenn ich ihn noch am Leben tren-  
nen wollte. Ich reiste sofort ab und fand meinen ein-  
zigen Sohn in sterbendem Zustande. Meine Frau und  
meine ältere Tochter waren ebenfalls schwer krank. Der  
Hausarzt erklärte, wenn Frau und Kind nicht sofort  
Höhenluft auffinden würden, lehne er jede Verantwor-  
tung ab. Ich schickte meine Familie zu einem bescheun-  
deten Bankier in der Schweiz, der mir erklärte, daß ich  
bei ihm so viel Kredit erhalten könne, wie ich wolle.  
Meine Familie ist von Untergang Februar bis August 1919  
im St. Moritz geblieben, und wegen dieser Reise in die

Schweiz werde ich seit einem halben Jahre in der dreitiefsten Geheimlichkeit immer wieder angegriffen in dem Sinne, daß ich eine unerhörte Verschwendung getrieben habe. Ich habe für private Zwecke auf illegalem Wege kein Geld, weder in die Schweiz, noch ins übrige Ausland geschickt. In der Schweiz hat nun eine unerhörte Nachschubstelle und Spionage gegen mich eingesetzt. Zwei Personen, die ich namhaft machen kann, haben mir erklärt, es würde in der Schweiz für Helfferich Material gegen mich gesammelt; in einer Bank in Bern lägen für diesen Zweck eine Million francs zur Verfügung; es müsse vor allen Dingen festgestellt werden, wieviel Geld ich von Frankreich erhalten hätte. Helfferich: Es handelt sich hier ganz offenkundig um Klatsch und Tratsch. Ich möchte aber weiter fragen: Hat Herr Gräberger nicht im amtlichen Gepäck des Auswärtigen Amtes Gelder nach der Schweiz bekommen? Gräberger: Ich habe mit dem Auswärtigen Amt in dieser Hinsicht eine Vereinbarung getroffen, daß mir durch die Kuriere des Auswärtigen Amtes Gelder für ganz bestimmte politische Zwecke nach der Schweiz über sandt wurden, und diese Gelder sind dann für die Stärkung des Deutschtums verwendet worden.

Am weiteren Verlaufe der Verhandlung befandet  
Bankier Wndr & zum Hause der Firma Wolf, das  
Reich habe seinerzeit in Holland Waren bestellt.  
Deshalb wurde das Abkommen mit Wolf getroffen, der  
zur Deckung eines langjährigen Kredites 30 Millionen  
Industrieaktien lieh. Als Gegenleistung erfolgte ein  
Darlehen von 40 Millionen, das Wolf mit 4 Prozent  
verzinsle. Nach Ansicht des Reugen handelte es sich  
nicht um ein glänzendes Geschäft. Heftigst wird  
dieser Ausschluss und weist auf die gro-  
ßen Räume der Firma Wolf in allerhand Industriewerten  
hin. Wndr & erklärt auf Erzbergers Frage, das Ge-  
schäft habe zweifellos im Interesse des Reiches gelegen.  
Darauf wird die Weiterverhandlung auf den heutigen  
Donnerstag vertagt.

## Das System Goßweiler und die sächsische Industrie.

3. Der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller hatte, nachdem Kommerzienrat Goßweiler es abgelehnt hatte, in einer Sitzung des Vorstandes über seine Pläne selbst zu berichten, eine aus Vorstandsmitgliedern gebildete Kommission beauftragt, in eine Prüfung der vorhandenen Unterlagen über das System Goßweiler einzutreten. In der Gesamtvorstandssitzung vom 23. Februar d. J. wurde über die Arbeiten dieser Kommission berichtet und mitgeteilt, daß, nachdem die Kommission selbst die Angelegenheit eingehend behandelt hatte, sowohl ein angesehener Vertreter der Wissenschaft als auch ein praktischer Industrieller die Unterlagen noch einmal systematisch bearbeitet hätten. Beide Herren seien übereinstimmend zu dem Resultat gekommen, daß dem System Goßweiler irgend eine praktische Verwendung nicht beige mes sen werden könne, daß mit seiner Durchführung vielmehr große Gefahren verknüpft sein würden. Der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller nahm auf Grund dieses Berichtes einstimmig die nachstehende Entschließung an:

einjimmig die nachstehende Entschließung an:

Der Vorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller erkennt als Abschluß der vorläufigen Arbeiten der von ihr zur Prüfung des Systems Gossweiler eingesetzten Kommission die zwingende Notwendigkeit an, daß in Rücksicht auf die durch den Friedensvertrag auferlegte ungeheuren Lasten und die beständigende Finanzlage des deutschen Reiches der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens durch intensive Steigerung der Leistungsfähigkeit in einem innigeren Zusammenarbeiten von Präzis und Wissenschaft, sowie sparsamste Ausnutzung der verfügbaren Rohstoffe durch einen organischen Ausbau der industriellen Verbände erfolgen muß. Die Industrie ist bereit, im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zur Deckung des Staatsbedarfs für alle finanziellen, sozialen und kulturellen Aufgaben beizutragen unter der unerlässlichen Voraussetzung, daß die Selbstständigkeit und Autorität des Unternehmers zur Entfaltung einer persönlichen Initiative und verantwortlichen Verantwortung nicht gehemmt werden, da auf diesen Eigenschaften der beispiellose Aufschwung und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt begründet waren. Der Verband muß daher dringend warnen vor jedem grundlegenden Umsturz der Struktur unseres Wirtschaftslebens, sei es die Sozialisierung oder eine künftliche Zwangswirtschaft nach den Ideen des Kommerzienrat Gossweiler. Auf Grund eingehender Prüfung von praktischen und wissenschaftlichen Gesichtspunkten aus muß das sogenannte Produktionsystem

Gohsweller nach den bisher zur Verfügung stehenden Unterlagen als eine Utopie und auf Selbsttäuschung beruhende Irrlehre bezeichnet werden. Es entbehrt jeder verlässlichen auf Berechnung gestützten Grundlage, ist vielmehr auf unerfüllbaren Voraussetzungen von überschwenglichen Hoffnungen aufgebaut, die sich bei nüchternster Betrachtung in nichts auflösen. Besonders muß aber die Industrie schärfsten Widerspruch erheben gegen die in den Veröffentlichungen des Herrn Gohsweller zur Unterstützung seiner Propaganda enthaltenen völlig ungutreffenden Vergleiche und Trugschlüsse und gegen die Verunglimpfung des Unternehmertandes, die in einer ganz falschen Darstellung der Stellung, Aufgaben und Verantwortung des Unternehmers, sowie seines persönlichen Anteiles am Wirtschaftsprozeß zum Ausdruck kommt. Auch ist Verwahrung dagegen einzulegen, daß die sogenannten Produktionsgemeinschaften als gemeinnützige Gesellschaften anerkannt und den Anteilinhabern bei der Vermögensabgabe Sondervorteile eingeräumt werden.

## Helft den Notleidenden im sächsischen Erzgebirge.

Noch sind die Hilfesuche aus Wien nicht verhälst. Tausendfach heber bringt jetzt der Ruf nach Hilfe aus der größten Zahl der Orte des sächsischen Erzgebirges. Dort herrscht bitterste Not! Nicht ungehört darf dieser Ruf bleiben. Es sind Landsleute, Ungehörige unseres bescheidenen und beliebten Erzgebirgsbüschens. Dort draußen im Gebirg wohnt in vielen Häusern und Hütten das Grauen. Bei vielen hundert Familien hat die Not und das Elend Einzug gehalten wie fast nirgendwo. Schamlos und nur schweren Herzens gestehen sie jetzt, von der bittersten Not und dem Hunger gedrängt, ein, daß sie von dem wenigen Ihnen zum Leben Verfügbaren sich nicht fressen und das noch Erreichbare nicht laufen können. Die ältere und die jüngere Generation sind am härtesten betroffen. Die ältere geht schneller dahin, die jüngere wächst mit Rachitis behaftet heran und versinkt dann der Tuberkulose, um so einem freudlosen Leben und zeitiger dem Lebensende zugetrieben. Der unterernährte Körper der Kleinen ist widerstandsfähig dem Karkerchen vorausgesetzt.

Gehlt unseren Brüdern und Schwestern in vielen Orten des Erzgebirges in das Notwendigste zur Ernährung, so fehlt ihnen sehr oft auch das Erforderliche an Bekleidung. Ungezählte Frauen und Kinder haben keine Leibwäsche. Die Hemden der Mütter wurden zu Hemdchen für ihre Lieblinge verarbeitet. Wo die Hemden der Mütter nicht ausreichten, da wurde das Wenige, was an Bettwäsche noch vorhanden war, zu Hemdchen verfertigt. Und wo auch das nicht mehr ausreichte, da mußten Fenstervorhänge, Stüchenbankvorhänge und abgetragene Schürzen verwendet werden. In mühsam gefüllten, Lumpen ähnlichen Kleidern leben so zahlreiche Notleidende dahin. Das Nachtlager bildet eine mit Stroh gefüllte Bettlade. Oft fehlt auch die leidende Lumpen sind die Zudecke. Viele Kinder müssen tagewochenlang, ja dauernd dem Schulunterricht fernbleiben, weil sie keine Schuhe haben und die Eltern selbst die billigeren, aber immer noch hoch im Preise stehenden Holzschuhe nicht kaufen können. Ein erbarmungswürdiges Dasein, das nur der richtig beurteilen kann, der es selbst mit angesehen hat. Warum müssen wir helfen. Herr und freudig muß der das Gebot der Städtestillebe

erfüllen, der dazu in der Lage ist.  
Auf Betreiben der Reichszentrale für Heimatkunst, Landesabteilung Sachsen, haben sich in Dresden Männer und Frauen zu einem Ausschuß zusammengeschlossen. Dem Ausschuß gehören an: Frau Anna Grädner, Hrl. Ella Dau, Frau Katharina Schröder, Frau Johanna Sindermann; die Herren Bankier Georg Urnhold, Schriftsteller Gordej, Pastor Reinhard Dreyse, Oberregierungsrat von Littrow, Professor Schiffert. Zum Vorsitzenden wählte der Ausschuß den Vater der obengenannten Landesabteilung, Heinrich Schnettler. Die damit der Landesabteilung der Reichszentrale für Heimatkunst übertragene Geschäftsstelle befindet sich in Dresden im Schloß. Der Ausschuß bittet um Gaben irgendwelcher Art an die Reichszentrale für Heimatkunst, Landesabteilung Sachsen, Dresden (Schloß) zu richten. Bei dem Bankhaus Gebr. Urnhold, Dresden-U., Wallenhausenstr. 10, ist ein Bankkonto: Hilfswerk für das sächsische Erzgebirge — errichtet worden. Geldspenden sollte man an das Bankhaus Gebr. Urnhold senden. Das Hilfswerk wird auch durch die sächsische Regierung im weitesten Maße gefördert werden. Der Ausschuß richtet jetzt an die weitesten Kreise nicht nur des Sachsenlandes, sondern auch an die des Deutschen Vaterlandes die dringende Bitte, dieses Hilfswerk ebenfalls zu fördern. Wer helfen kann, der möge es als eine soziale Pflicht betrachten. Die dankenswerten Herzen erfreuter armer Landsleute werden dem freudigen Geber entgegen schlagen. Ein schöner Sohn für sein altes Land!